# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Ostsachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 13. Januar 1931 — Nummer 10


# Rußland gibt Arbeit und Brot!

## Zur heutigen Landtagsberatung über Exportlieferungen nach Rußland

Dresden, den 13. Januar.

Das Kabinett Schieck hat dem Landtag eine Vorlage zugeleitet, nach der die im vorigen Jahr beschlossene Ausfallgarantie für das Russengeschäft von 20 auf 25 Millionen Mark erhöht werden soll. Heute wird die Vorlage im Landtag beraten und den Umständen nach wohl einstimmig angenommen.

Die Wirtschaftsbeziehungen der kapitalistischen Länder zur Sowjetunion nehmen immer größeren Umfang an und die Diskussionen in den Wirtschaftsbeilagen der bürgerlichen Presse bringen einen immer heftiger werdenden Wettlauf der großen Industrieländer um den Anteil an Warenlieferungen nach der USSR zum Ausdruck. Dabei wirkt es komisch, wie die bürgerliche Presse, die im politischen Teil über den „Bankrott" des Sowjetsystems geifert, im Wirtschaftsteil, wo Fachleute das Wort ergreifen, wo über das „Geschäft" geschrieben wird, ihre eigenen Schwindelmeldungen widerlegen. Jeder Kapitalist und bürgerliche Wirtschaftler erkennt, daß mit dem zunehmenden Produktionsumfang des sozialistischen Aufbaues auch die Möglichkeit des steigenden Güteraustausches der Sowjetunion mit den übrigen Ländern wächst.

Bis jetzt bestreitet in der Hauptsache die amerikanische Bourgeoisie die Belieferung des Sowjetmarktes. Die Times, das Organ der englischen Kapitalisten, führen bewegliche Klage, daß die Engländer den Amerikanern aus falsch verstandenem „Patriotismus" den Vorrang im Geschäft mit der Sowjetunion überlassen. Auch die deutschen Kapitalisten betrügen sich den glänzenden Geschäftsausschwung. Die Berliner Börsenzeitung vom 14. Januar veröffentlicht eine Uebersicht über die Entwicklung des russischen Traktorenbaues und des Lieferungsgeschäft nach der Sowjetunion. Sie stellt ebenfalls fest, daß die amerikanische Industrie den Löwenanteil an dem Geschäft hatte. Wörtlich wird gesagt:

„Es ist vom deutschen Standpunkt aus als sehr bedauerlich zu bezeichnen, daß die deutsche Industrie an dem großen Traktorenimport der Sowjetunion in den beiden letzten Jahren fast gar nicht beteiligt gewesen ist."

Natürlich verrät das Blatt nicht die Ursache dieser Erscheinung und da wollen wir ein bißchen nachhelfen. Der Export Deutschlands nach der Sowjetunion ist, wenn auch verhältnismäßig gering, gestiegen. In den ersten 9 Monaten 1930 betrug er 84,9 Millionen Mark gegenüber 57,5 Millionen Mark für die gleiche Zeit des Vorjahres. Die Berliner Börsenzeitung meint in dem erwähnten Artikel:

„Es ist die Aufgabe spezieller Institutionen, wie des Landmaschinen-Instituts in Rostock und des Versuchs- und Forschungsgutes des Sowchoz in Jegorjef (Nordkaukasus), systematisch alle in Frage kommenden Traktoren durchzuprüfen und die für die russischen Verhältnisse geeignetsten Marken herauszufinden. Für die deutsche Landmaschinenindustrie wird es darauf ankommen, dafür zu sorgen, daß die deutschen Traktoren bei diesen Maschinenprüfungen eine genügende Beachtung finden."

Es scheint also, daß die deutschen Kapitalisten allmählich begriffen haben, warum die Sowjetunion mehr Maschinen aus den USA bezog als aus Deutschland. Aus vielen Betrieben erhielten wir Mitteilungen von Arbeitern über die miserable Qualität der deutschen Exportwaren, die an die Sowjetunion geliefert wurden. Minderwertiges Material, direkte Konstruktionsfehler der Maschinen zeichneten die deutschen Lieferungen aus. Die Herren Industriellen waren anscheinend der Auffassung, man könne dem „Russki" jeden Schund andrehen". Dazu kommt, daß dieselben Herrschaften, die so gerne über das „Sowjetdumping" geifern, in die Lieferungen an die Sowjetunion einen direkten Wucherprofit einkalkulierten, den sie als Ausgleich für ihr — eigenes Dumping auf dem Weltmarkt verwendeten. Die Sowjetunion reagierte auf die Tatsachen, so wie es notwendig ist. Die Prüfung der deutschen an die Sowjetmacht gelieferten Maschinen bezieht sich also nicht nur auf die der russischen Wirtschaft entsprechende Eignung, sondern auch sehr gründlich auf die Qualität überhaupt. Wenn die deutsche Bourgeoisie nicht rechtzeitig bemerkt hätte, daß die Russen sehr wohl qualitativ hochwertige Ware zu schätzen wissen, bestünde für sie die Gefahr überhaupt von dem einzigen Gebiet, auf dem sich der Markt sehr schnell erweitert, ausgeschaltet zu bleiben und von den anderen, insbesondere dem amerikanischen, Konkurrenten verdrängt zu werden. Die Kölnische Zeitung, die einen besonders guten Riecher für die Perspektiven des Geschäfts mit der Sowjetunion besitzt, hat, um die deutschen Kapitalisten vor Dummheiten zu bewahren, hervorgehoben, daß die Sowjets das Hauptgewicht auf die Bedingungen legen, unter denen sich das Geschäft abwickelt und die maßgebend für den Umfang sind. Das Blatt schreibt: Der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates Weichland hat

„bei seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten erklärt, die Industrialisierung werde ganz im neuen Jahr große Käufe in Amerika vornehmen, doch würden die Umfänge dieser Käufe wesentlich davon abhängen, wie sich die Bedingungen des russisch-amerikanischen Handels gestalten würden."

Die amerikanische Bourgeoisie hatte im letzten Jahr u. a. einen Kredit von 200 Millionen Dollar mit 5 Prozent Zinsen, aber 6 Prozent in die Praxis umgerechnet. Weichland hat den Amerikanern erklärt: Auf der Grundlage solcher Wucherzinsgestehungskosten kann die Sowjetunion nicht mehr kaufen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

# Blutige Polizeiattacken gegen Arbeitslose in Deutschland

## Statt Arbeit und Brot Gummiknüppel im Stettiner Wohlfahrtsamt

Stettin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern vormittag kam es auf dem Stettiner Wohlfahrtsamt zu schweren Zusammenstößen zwischen hungernden Erwerbslosen und den vereinigten Wohlfahrts- und Polizeibeamten. Ein arbeitsloser Proletarier protestierte gegen die Behandlungsmethoden. Er wurde darauf durch Beamte mit größter Brutalität aus dem Haus geworfen. Die übrigen Wohlfahrtsempfänger nahmen für ihn Partei. Gemeinsam gingen dann mit Gummiknüppeln ausgerüstete Wohlfahrtsbeamte und 150 Polizeibeamte mit geradezu unglaublicher Brutalität gegen die Wohlfahrtsempfänger vor. Zahlreiche Arbeitslose wurden durch Gummiknüppelhiebe verletzt, gleichzeitig aber auch eine Reihe Polizeibeamter. Die Zusammenstöße fanden erst nach mehreren Stunden ihr Ende.

### Nieder mit der Schieck-Regierung!

Die Kommunistische Partei hat zu Beginn der heutigen Landtagssitzung die Erwerbslosen aufgefordert, in einer Massenkundgebung für ihre Forderungen zu demonstrieren. Bekannt ist, daß die von der KPD geforderte und vom Plenum beschlossene Winterbeihilfe von der Schieck-Regierung nicht ausgezahlt wird, daß Regierung und Landtag eine wirkliche Arbeitsbeschaffung bewußt hintertreiben. Mit der Forderung der KPD-Fraktion verbinden sich deshalb die 550 000 Erwerbslosen Sachsens: Nieder mit der Schieck-Regierung! Nieder mit dem Landtag, der diese Regierung des Massenmordes stützt, der hungernden Erwerbslosenarmee Arbeit und Brot vorenthält.

### Gesteigerte russische Maschineneinkäufe in Deutschland

In einem Pressa-Interview teilte der Vorsitzende des „Staatsimport", Sacolin, mit, daß in letzter Zeit die Maschinenkäufe sich bedeutend erweitert hätten. U. a. nannte er die Firmen Reineder, Stoll, Eicher, Löwe, Maubacz. Im besonderen wies er darauf hin, daß bei manchen Firmen Fälle von Lieferungen mangelhafter Maschinen vorgekommen seien.

# Eisenbahnerstreik gegen Feierschichten

## Schandschiedsspruch in der Arbeitszeitfrage / Bürokratie mit Feierschichten einverstanden

## Nur der Streik zwingt Dorpmüller und die Verräter nieder!

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 13. Dezember 1930 hat im Auftrag der Gewerkschaftsbürokratie die Schlichtungskammer über die Arbeitszeit der Eisenbahner einen Schiedsspruch gefällt, der aus zwei Teilen besteht: Der erste Teil legte für die Werkstättenarbeiter und für die Arbeiter der Bahnunterhaltung die alte Arbeitszeit wieder fest. Die Arbeitszeit für die Dienstzweige in Betrieb und Verkehrsdienst sollen durch Schiedsspruch in der Mitte des Monat Januar 1931 nach Besichtigung der Betriebe festgelegt werden. Dieser Schiedsspruch ist am Montag dem 12. Januar unter Vorsitz des bekannten Dr. Völker gefällt worden. Die Regelung ist so ausgefallen, wie zu erwarten war, d. h. es bleibt faktisch bei den Arbeitszeiten von 54 Stunden pro Woche. Nur für einen sehr kleinen Teil der Arbeiter wird die Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche verkürzt unter ausdrücklicher Betonung, daß es keinen Lohnausgleich gibt.

•

Der hier für die Eisenbahner gefällte Schiedsspruch bringt keinerlei Besserung der Arbeitsverhältnisse mit sich. Die Verkürzung der Arbeitszeit für einen Teil der Eisenbahner ohne den geringsten Lohnausgleich bedeutet für die unter den Schiedsspruch fallenden Kategorien einen

Lohnraub von 16 Prozent in der Woche.

Die Dienstbetriebsvorschriften, die der Reichsbahn die Möglichkeit geben, die im Betriebs- und Verkehrsdienst beschäftigten Arbeiter bis zu 60 Stunden und noch mehr beschäftigen zu können, bleiben nach wie vor in Kraft. Ja, selbst für die Arbeiter, denen man jetzt die Arbeitszeit kürzt, kann die Reichsbahnverwaltung

120 Ueberstunden im Jahr

leisten, und für die Arbeiter, die seither zur Sonntagsarbeit gezwungen waren, bleibt diese bestehen. Rechnet man diese acht Stunden Sonntagsarbeitszeit zu der wöchentlichen Arbeitszeit hinzu, so tritt für diese Arbeiter keine Kürzung der Arbeitszeit ein. Von dieser Regelung wird Dorpmüller regen Gebrauch machen. Daß der Schiedsspruch durchaus dem Interesse der Reichsbahnverwaltung entspricht, zeigt die sofort bezeichnete Verbindlichkeitserklärung durch Dorpmüller.

Weit wichtiger als diese Frage ist die der Feierschichten. Hier hat die Eisenbahnerbürokratie, wie wir vorausgesagt haben, Hilfe auf der ganzen Linie angetreten und ihren Verrätertrieb als das erklärt, was er war, ein direkter Sabotageakt an den Eisenbahnern.

Noch am Sonntag rechnete die Konferenz der Funktionäre der Eisenbahnerverbandes für Sachsen eine Entschließung an, die an zahlreichen Plätzen nicht zu übertreffen war und von der Proklamierung des Streiks aller sächsischen Eisenbahner sprach, falls Dorpmüller seine Ankündigung der Entlassungen wahrmachen sollte. Jetzt erklärt sich die Eisenbahnerbürokratie mit der Einführung von je einer Feierschicht in der Woche einverstanden und verlangt nur noch die „Wahrung ihrer Rechtsansprüche". Die hat Dorpmüller „angeboten"; denn er weiß, daß die kapitalistischen Arbeitsgerichte in seinem Sinn entscheiden werden. Aber selbst wenn das örtliche Arbeitsgericht der Bürokratie „Recht" geben sollte, dann wird Dorpmüller den Berufungsweg beschreiten, und die Klage wird nie zum Austrag kommen.

Das eine steht heute — mag die Frage der Feierschichten ausgehen wie sie will — fest: die Eisenbahner sind verraten und betrogen von der Eisenbahnerbürokratie.

Unter Führung der RGO müssen die Eisenbahner ihren Kampf fortsetzen. Ihre Losung ist nach wie vor: Weg mit den Feierschichten und dem Abzugsartigen Lohnraub! Beteiligung der Dienstbetriebsvorschriften! Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Eisenbahner, mobilisiert eure Kraft! Weg mit den Verräterleitungen! Macht den Dorpmüllerbeschluß unwirksam! Organisiert den Kampf um höheren Lohn! Verwirklicht die Betriebsräteinitiative vor! Weg! Delegiert zur Reichskonferenz am 25. Januar in Berlin!

# Siegreicher Streik unter Führung der RGO

Düsseldorf, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Belegschaft des Städtischen Kanalbetriebs hat gestern nach fast fünf Tagen politischen Streiks gegen den Bauhandlanger erfolgreich beendet. Die Streikenden hatten mit dem Bezirkskomitee der RGO verhandelt. Die [illegible] wurde abgerufen. Die Streikenden gingen in Kolonne, mit Musikkapelle an der Spitze, [illegible] Streikbrecher [illegible] zu entfernen. Die Firma mußte [illegible] Forderungen bewilligen. Dieser Streik hat [illegible] unter Führung der RGO. [illegible]